



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 242-2025
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.513

Eingereicht am: 10.09.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Vögeli (Bern, GLP) (Sprecher/in)
Gasser (Ostermundigen, GLP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Wie abhängig sind Berner Spitäler, Heime und Einrichtungen von Fachkräften aus dem EU-Raum?

Die demografische Entwicklung, der steigende Pflege- und Betreuungsbedarf sowie die zunehmende Spezialisierung im Gesundheitswesen führen seit Jahren zu einem hohen Fachkräftemangel in der Schweiz. Auch der Kanton Bern betreibt bzw. finanziert Spitäler sowie Heime und Einrichtungen, die auf qualifiziertes Personal angewiesen sind.

Es ist bekannt, dass viele dieser Einrichtungen stark auf die Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland angewiesen sind. Insbesondere die Personenfreizügigkeit mit der EU im Rahmen der bilateralen Verträge ermöglicht diese Rekrutierung effizient und rechtssicher.

Eine fundierte Bestandsaufnahme im Kanton Bern kann wichtige Erkenntnisse für die zukünftige Personalplanung und die politische Diskussion zur Fortsetzung des bilateralen Wegs liefern.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem EU-Raum (fest oder temporär angestellt) sind aktuell in Berner Spitälern tätig? (Falls die Daten nicht für alle Spitäler verfügbar sind, dann bitte so umfassend wie möglich, bspw. für alle, die dem GAV angeschlossen sind, zwingend aber für alle, die mehrheitlich im Eigentum des Kantons Bern sind.)
2. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem EU-Raum (fest oder temporär angestellt) sind aktuell in Alters- und Pflegeheimen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen des Kantons Bern tätig? (Auch hier so umfassend wie möglich, zwingend aber für alle Einrichtungen, die mehrheitlich im Eigentum des Kantons sind, wie beispielsweise die kantonalen Einrichtungen der DIJ).

3. Wie hat sich die Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem EU-Raum in diesen Institutionen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
4. Wurde oder wird aktiv Personal im EU-Raum rekrutiert (sei es über Inserate/Jobbörsen im EU-Raum oder aktive Rekrutierungsmassnahmen)? Wenn ja, mit welchen Massnahmen?
5. Wie schätzt der Regierungsrat die Abhängigkeit der erwähnten kantonalen Institutionen von Arbeitskräften aus dem EU-Raum ein?
6. Welche Risiken bestehen aus Sicht der Regierung bei einer Einschränkung oder Abschaffung der Personenfreizügigkeit in der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem EU-Raum in den genannten Bereichen und für den Kanton Bern insgesamt?

Verteiler

- Grosser Rat